

## Datenschutz ist ein Menschenrecht!

Datenschutz gibt es schon lange, z. B. im Arztgeheimnis seit der Antike im Hippokratischen Eid.

Statt die EU-Datenschutzgrundverordnung als Chance für einen modernen Datenschutz auch in den Betrieben zu nutzen, hat der Gesetzgeber mit dem neuen Bundesdatenschutzgesetz ohne Not insbesondere die Betroffenenrechte unsäglich eingeschränkt. Auch wurden die Kontrollbefugnisse der Datenschutzaufsichtsbehörden im Patientendatenschutz und bei anderen Berufsheimnisträgern faktisch eliminiert!



Mit windigen Gesetzesänderungen wurden in den letzten Monaten der Staatstrojaner eingeführt und z. B. auch der Sozialdatenschutz reduziert. Mit Industrie 4.0 wird die digitale Überwachung am Arbeitsplatz erneut verschärft.

Diskussionen um ein „Dateneigentum“ lassen befürchten, dass der Datenschutz für Verbraucher:innen zur Ware verkommt. Aber Datenschutz darf kein Luxus sein!

Wir fordern von der Politik:

- Abbau der Überwachungsgesetze,
- Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes, das seinen Namen verdient,
- Rücknahme der unsäglich eingeschränkten Betroffenenrechte im neuen Bundesdatenschutzgesetz,
- Wirksame Kontrollmöglichkeiten der Datenschutzaufsichtsbehörden auch bei Berufsheimnisträgern,
- Respektieren des Datenschutzes als Grundrecht in der politischen Arbeit und der Gesetzgebung.



Stefan Hügel, Humanistische Union und FfF

## Sicherheitspolitischer Populismus

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitstreiter,

wir wollen heute gemeinsam die Freiheit feiern! Doch diese Freiheit ist bedroht. 14 Tage vor der Bundestagswahl wird viel über Gefahr des Einzugs von Populisten in den Bundestag gesprochen. Wenn wir uns die sicherheitspolitischen Hinterlassenschaften der Großen Koalition anschauen, dann ist der Populismus nicht längst Einzugsgebiet für die Vier Jahre nach den Enthüllungen von Edward Snowden. Die suchen Innenpolitiker, sich gegen die Maßnahmen vermeintlicher Sicherheitsbehörden zu wehren. Die nicht totzukriegende Vorratsdatenspeicherung – ungeachtet höchstrichterlicher Rechtsprechung –, Videoüberwachung im öffentlichen Raum – Stichwort Bahnhof *Berlin Südkreuz* – oder die weltweite Ausspähung durch Geheimdienste: regelmäßig werden neue Forderungen nach symbolischen Maßnahmen für eine vermeintliche Sicherheit erhoben. Das ist Populismus! Und es ist eine Gefahr für unsere Freiheit!

Wir sagen: Schluss damit!

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Großen Koalition auf die NSA-Überwachungsaffäre seit nun vier Jahren zeigen deutlich, wie wichtig es ist, dass wir heute gemeinsam hier auf dem Gendarmenmarkt stehen.

Zur Erinnerung: Wenige Tage nach den ersten Veröffentlichungen aus den sogenannten Snowden-Dokumenten, am 1. Juli 2013, wurde Angela Merkel mit dem Satz zitiert: „Abhören von Freunden, das geht gar nicht.“ Ein erstaunlich klares Statement, zumindest für unsere Bundeskanzlerin. Doch wer erwartete, dass die Bundesregierung nun konsequent gegen amerikanischen Boden vorgehen würde, wenn es um die Sicherheit geht? Stattdessen wurde uns das Volkstheater der NSA-Überwachung vorgespielt. In einem No-Spy-Abkommen dargestellt als reines Placebo des Bundes-

*erschienen in der FfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476  
www.fff.de*

